

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

122 (31.5.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 28, Ruf Nr. 500 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-81, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 83, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 27, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 2, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Achtung Arbeiter im Wiesental! Achtet auf Kriegsvorbereitungen!

Schon vor Jahresfrist wurden in einem Werk im Wiesental Teile für den amerikanischen Shermanpanzer hergestellt. Wiederrum wird in diesem Werk ein neuer Auftrag durchgeführt. Die Panzerteile werden in ein amerikanisches Rüstungslager in Süddeutschland versandt. Ihr arbeitet am Tode für Tausende von Menschen!

Die Front des Friedens stärker denn je

Von Friedel Janeeck

Pfingsten 1950. Die Kriegstreiber und Provokateure haben eine schwere Niederlage erlitten. In Berlin, der deutschen Hauptstadt, haben ihnen 700 000 junge deutsche Friedenskämpfer den Kampf angesagt. 700 000 deutsche Jungen und Mädchen bekamen sich zum Frieden, zur nationalen Einheit und zur Unabhängigkeit unseres Vaterlandes.

Groß ist darüber die Wut im Lager des Imperialismus und seine Lakaien. Alle ihre Hetzversuche haben nichts genützt. Alle Provokationen waren erfolglos. Trotz Schikanen, trotz Bedrohungen, trotz Einschüchterungen und vielfach vorgenommener Verhandlungen an den Zonengrenzen haben 30 000 westdeutsche Jungen und Mädchen Seite an Seite mit ihren Freunden aus der Deutschen Demokratischen Republik, der sozialistischen Sowjet-Union, den Volksdemokraten und dem freien China in Berlin für den Frieden demonstriert.

Monatelang hatten die Provokateure versucht, Berlin zum Ausgangspunkt eines „heißen Krieges“ zu machen. Adenauer kündigte die „Verteidigung Berlins vor einem Sturm der FDJ“ an, Schumacher forderte Panzer für Berlin. Willig leisteten die Westmächte diesen Aufforderungen der westdeutschen Spalter Folge.

„Berlin ist eine Frontstadt. Die Westmächte flogen Aufklärung wie an einer echt Hauptkampflinie im Sinne der Generalstabler. Ständig flogen ihre Naufahrer im Bereich der Sektorengrenze“, so schreibt die Mainzer und Frankfurter „Allgemeine Zeitung“ in ihrer Pfingstdienstag-Ausgabe, und sie fährt fort: „Die britischen Truppen waren bereits seit Freitag in Alarmbereitschaft. Am Potsdamer Platz sahen wir sie mit Panzern und Panzerspähwagen hinter Stacheldraht und Spanischen Reitern. 8000 Mann westallierter Truppen und 13 000 Mann Polizei standen jedenfalls zum Einsatz bereit.“

Ein ganzer Stab von „Bundesministern“ der Bonner Separatregierung weilte während des Deutschlandtreffens in Westberlin. Auch Schumacher fehlte nicht. Sie wollten aus nächster Nähe Zeuge sein, wenn ausländische Panzer auf unbewaffnete, friedliebende deutschen Jungen und Mädchen schießen würden.

Wer zweifelt noch daran, daß es den Akteuren in Westberlin auf ein blutiges Schauspiel angekommen wäre?

Um so gewaltiger mußte der Friedensmarsch der deutschen Jugend auf die westdeutschen Spalter wirken. Die Provokationen des Gegners zerschlugen an der gewaltigen Kraft dieser Front der jungen Friedenskämpfer. „Ein beklemdendes Gefühl“ überschreibt die „Allgemeine Zeitung“ einen Absatz ihres Berlin-Berichtes. Allerdings: das Deutschlandtreffen hat den Kriegstreibern in Westdeutschland gezeigt, daß die deutsche Jugend nicht mehr bei ihnen steht. Niemand mehr als die Mainzer „AZ“ erkennt das in ihrer Feststellung, daß „kein Zweifel mehr möglich sei. Hier wächst bereits eine neue Generation heran, eine ge-“

(Fortsetzung auf Seite 2)

Mit einer solchen Jugend kann man Berge versetzen

700 000 beim Deutschlandtreffen

Pfingsttreffen in Berlin beweist, daß die Jugend Deutschlands im Lager des Friedens und des Fortschritts steht

Berlin. (EB.) Acht Stunden dauerte am Pfingstsonntag der Vorbeimarsch der 700 000 Jungen und Mädchen, welcher den Höhepunkt des Pfingsttreffens der deutschen Jugend in Berlin darstellte. Das Treffen der Jugend aus ganz Deutschland, das von einer gewaltigen Begeisterung getragen war, wurde zu einem machtvollen Bekenntnis zum Kampf für den Frieden und für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes.

Auf der Ehrentribüne im Lustgarten hatten sich Staatspräsident Pieck, die Minister der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Delegationen aus den Ländern der Volksdemokraten und aus Westdeutschland versammelt.

Es war ein buntes Bild. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen der Republik mischten sich mit der weißen Fahne des Weltjugendbundes und den blauen Fahnen der FDJ. Das farbige Bild der Aufmarschierenden, welche mit dem Freundschaftsgruß zu den Tribünen hinaufgrüßten, ein Meer von Blumen und Birkengrün gaben trotz des regnerischen Wetters dem Treffen den Charakter eines wahren Volks- und Friedensfestes. Angesichts dieser begeisterten Jugend konnte Staatspräsident Pieck mit Recht feststellen, daß diese deutsche Jugend nicht bereit sei, die imperialistischen Kriegspläne zu unterstützen, sondern im Lager des Friedens stehe.

Besonderen Beifall erhielten die Teilnehmer aus Westdeutschland, deren Zahl auf mehr als 50 000 geschätzt wird, und die keine Einschüchterung und keine Grenzpolizei daran hindern konnte, an diesem Friedentreffen der ganzen vaterlandsliebenden deutschen Jugend teilzunehmen.

Pünktlich um 8 Uhr begann die große Kundgebung im Lustgarten, bei der der Präsident der DDR zur Jugend sprach. „Wir dürfen die Gefahr eines Krieges nicht unterschätzen“, rief Wilhelm Pieck den Hunderttausenden zu, die ihm begeistert jubelten. „Die Ereignisse der letzten Woche haben klar zutage treten lassen, warum die imperialistischen Westmächte Deutschland zerrissen haben. Die Spaltung hilft den Imperialisten bei ihren Kriegsvorbereitungen.“

Mit einem Hochruf auf die FDJ und die Jugend der Welt und einem Gruß an Stalin beendete Präsident Pieck seine große Rede. Dann begann der Demonstrationzug. Hunderttausende von Berlinern umsäumten die Straßen, durch die der Weg der Jugend führte. Trotz Behinderung durch die Westberliner Stummelpolizei, waren auch Tausende von Westberlinern erschienen, die nicht versäumen wollten, Deutschlands fortschrittliche Jugend für Frieden und Einheit und

Unabhängigkeit demonstrieren zu sehen. Die Begeisterung von beiden Seiten kannte keine Grenzen. Mit Sprechhörnern grüßte die Jugend Deutschlands Hauptstadt und die Bevölkerung Berlins grüßte zurück. Der Zug wollte kein Ende nehmen.

Mit besonderem Beifall wurde die westdeutsche Jugend bedacht, insbesondere die Delegation aus Hamburg, dem Saargebiet und Watenstedt-Salzgitter, die trotz Terror den Weg nach Berlin gefunden haben. Ihre Transparente wurden stets mit besonderem Beifall bedacht. Sie trugen unmißverständlich Aufforderungen für die westlichen Besatzungsmächte, nach Hause zu gehen, damit Deutschland wieder eins werde. Auch die anderen Transparente, die von den jungen Friedenskämpfern im Demonstrationzug mitgeführt wurden, rissen die spalterstehende Bevölkerung immer wieder zu Beifallsstürmen hin.

Die Volkspolizei an der Seite der Jugend

Schulter an Schulter mit der demokratischen deutschen Jugend marschierte die Volkspolizei. In ungezwungener Disziplin repräsentiert sie die Entschlossenheit der jungen Deutschen Demokratischen Republik. Es ist unmöglich, durch Worte die Begeisterung und das bunte Bild dieser großen Demonstration zu schildern, wie man es im Innern empfindet. Eines steht fest:

Eine solche Demonstration hatte Deutschland noch nie gesehen.

Mögen die westdeutschen Separatisten sich mit dem Gedanken befassen, auch in Westdeutschland ein „Deutschlandtreffen“ zu veranstalten, das nach ihren Worten ein „Gegen-schlag“ werden soll. Die deutsche Jugend weiß, daß die Ziele der Spalter von Bonn nicht dem Frieden und der Einheit Deutschlands, sondern dem Krieg, der Zerstörung und der Not des deutschen Volkes dienen. Davon aber hat die deutsche Jugend endgültig genug. Sie wird dieses Deutschlandtreffen Adenauers genau so zum Scheitern verurteilen, wie sie in Berlin den internationalen Kriegstreibern mit ihrer friedlichen Demonstration einen empfindlichen und schweren Schlag versetzt hat.

Es ist nötig, die Frage zu stellen, ob so etwas wie die Berliner friedliche Demonstration jeweils in Westdeutschland möglich gewesen wäre. Jeder westdeutsche Jugendliche, der am Deutschlandtreffen in Berlin

Jubel um Max Reimann

Berlin. Unter dem Jubel der Massen traf Max Reimann im Stadion „Walter Ulbricht“ ein. „Max Reimann soll sprechen“, die Volkspolizei grüßt Max Reimann scholl es aus 10 000 Kehlen.

„Habt herzlichen Dank für diesen Empfang“, rief Max Reimann den Massen zu. „Die amerikanische und auch die englische Militärregierung haben uns die Pässe verweigert, weil sie uns daran hindern wollten, nach Berlin, der deutschen Hauptstadt, zu kommen. Wir sind aber trotzdem da und wir versprechen der ganzen deutschen Jugend und der Jugend der Welt, daß wir auch im Westen unserer Heimat für eine einheitliche Deutsche Demokratische Republik kämpfen werden.“

Es lebe Wilhelm Pieck! Es lebe Ministerpräsident Otto Grotewohl!

Dekan von Canterbury ein Freund der SU

Frankfurt. Die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion richtete an den Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, die Anfrage, ob er die Ehrenmitgliedschaft in ihrer Gesellschaft annehmen wolle. Nachfolgende Antwort ging nun der Gesellschaft zu: „Entschuldigen Sie bitte diese späte Antwort auf Ihren freundlichen und ehrenvollen Brief. Da ich morgen zu Friedenskonferenzen nach Australien und Kanada abreise, wurde all meine Arbeit zusammengedrängt. Ich werde selbstverständlich sehr gern die Ehrenmitgliedschaft in Ihrer Gesellschaft annehmen, denn ich höre mit großer Befriedigung von Ihrer Arbeit. Ich käme sehr gern zu Ihnen, um auf Ihren Veranstaltungen zu sprechen, wenn es mir möglich wäre. Aber meine so lang dauernde Abwesenheit von Canterbury zu den jetzt bevorstehenden Anlässen wird es notwendig machen, daß ich nach meiner Rückkehr für längere Zeit zu Hause bleibe. Mit den besten Wünschen für Ihre so außerordentlich wertvolle Arbeit bin ich Ihr sehr ergebener“

Hewlett Johnson

Der Kongreß junger Friedenskämpfer

„Die blaue Fahne wird die Farbe der friedliebenden Deutschen sein“

Berlin. (EB.) „10 000 Mädchen und Jungen aus dem Osten und Westen, Norden und Süden Deutschlands sind am heutigen 27. Mai 1950 zusammengetreten, um vor unserer Generation Deutschlands Ausdruck zu geben“, heißt es in einem Manifest an die deutsche Jugend, das vom Kongreß junger Friedenskämpfer angenommen wurde.

„Wir wollen einen dauerhaften Frieden“, heißt es dann weiter. „Unser deutsches Vaterland ist heute durch Zonengrenzen wirtschaftlich, politisch und kulturell auseinandergerissen. Im Osten unserer Heimat haben die werktätigen deutschen Menschen den Weg beschritten, der im Interesse aller einfachen Menschen liegt, den Weg zum freien Wohlstand und Einheit des deutschen Volkes. Die Feinde des deutschen Volkes und seiner Jugend erkennen sehr gut die Gefahr, die ihnen verbrecherischen Plänen in der aufblühenden Deutschen Demokratischen Republik und ihrer jungen Generation erwachsen und wissen, daß das leuchtende Beispiel des gesunden Aufbaues und der politischen Einmütigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik in immer stärkerem Maße die Blicke der westdeutschen Jugend nach dem Osten lenkt. Sie speien Gift und Galle, sie bedrohen und verbieten alle wahren patriotischen Regungen in der Jugend und verhaften aufrechte junge Patrioten in Westdeutschland und Westberlin.“

Deutsche Mädchen und Jungen in Westdeutschland und Westberlin! Vereint Euch mit den patriotischen und demokratischen Kräften der Bevölkerung im Kampf gegen die koloniale Unterdrückungspolitik der anglo-amerikanisch-französischen Okkupanten, sorgt für eine gründliche Aufklärung über die Friedensliebe der Sowjetunion und volksdemokratischen Länder und tretet jeder Antisowjethetze mit Geschlossenheit entgegen!

Deutsche Mädchen und Jungen, bekennet Euch in allen Orten unserer Heimat offen und furchtlos zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland, zu den mächtigen Freunden unseres Volkes, der Sowjetunion, der Führer im Kampf um den Weltfrieden und zu allen Friedenskämpfern der Welt!

Vorwärts für den Frieden! Berlin. (EB.) Der Kongreß der jungen Friedenskämpfer Deutschlands sandte an

das ständige Komitee der Kämpfer für den Frieden in Berlin ein Telegramm, in dem es heißt:

„Ueber 7500 Demokraten unterstützen einmütig Euren Appell für das absolute Verbot der Atomwaffe. Wir haben ein ständiges Komitee der jungen Friedenskämpfer Deutschlands gebildet und beschlossen, zur stärkeren Entwicklung der Friedensbewegung alljährlich einen Kongreß der jungen Friedenskämpfer abzuhalten. Vorwärts im Kampf für einen dauerhaften Frieden!“

Eindrücke westdeutscher Studenten

Berlin. (EB.) Für die während des Deutschlandtreffens in Berlin weilenden westdeutschen Studenten gab das Bildungsministerium am Montag einen Empfang, in dessen Verlauf des westdeutschen Studenten ein Einblick in die Hochschul-Politik der DDR gegeben wurde. In der anschließenden Diskussion, an der sich auch Professoren der Berliner Humboldt-Universität beteiligten, kam es zu einem lebhaften Austausch verschiedener Anschauungen.

Zahlreiche westdeutsche Studenten berichteten über ihre Eindrücke vom Deutschlandtreffen. Ein Dettener Student erklärte, vom herzlichen Einvernehmen der Volkspolizei mit der Jugend völlig überrascht gewesen zu sein. Ein Hamburger Student unterstrich besonders die optimistische Grundtendenz des Deutschlandtreffens. Der eine pessimistische und depressive westdeutsche Jugend gegenüberstehe.

Der vietnamesische Vertreter gab einer Frage über die neue deutsche junge Generation Ausdruck, deren eindrucksvolles Auftreten für den Frieden ihn stark beeindruckt hat. Er schlug den westdeutschen Studenten vor, ihre Verbindung mit dem Internationalen Studentenverband zu festigen.

Friedens-Konferenz an der Saar

Sarbrücken. (EB.) Die in Neunkirchen tagende Friedenskonferenz erhob feierlichen Protest gegen die Kanonen-Fabrikanten, die schon wieder, obwohl man in Europa noch nicht einmal einen Friedensvertrag nach fünfjährigem Kriegsende abschloß, in aller Öffentlichkeit zum nächsten Kriege rüsten. „Nicht Panzer und Kanonen braucht das deutsche Volk“, heißt es in einer Resolution, „sondern Frieden. Wir fordern die Aechtung der Atomwaffe und eine allseitige Kontrolle über ihre Herstellung.“

Westdeutsche Künstlertruppen wurden umjubelt

Berlin. (EB.) Von den verschiedenen Landes-Kulturprogrammen der Freien Deutschen Jugend kam den künstlerischen Darbietungen der westdeutschen Gäste besondere Bedeutung zu. Nicht wenige der Mitwirkenden, die mit ihren Liedern und politischen Kurzdramen immer neue Beifallsstürme entfesselten, hatten trotz aller Schikanen die Zonengrenzen überschritten, um in Berlin ein Bekenntnis zum Frieden und zur Einheit Deutschlands abzulegen.

Mit ihren reichhaltigen und künstlerischen Darbietungen zeigten sie, daß es im Westen Deutschlands nicht nur Boogie-Woogie-Kultur gibt und daß die Besten unter der westdeutschen Jugend sich mit allen Kräften bemühen, an der Erhaltung ihrer nationalen Kultur mitzuarbeiten.

„Das Walter-Ulbricht-Stadion“ eingeweiht

„Die Sportler müssen begeisterte Friedenskämpfer sein“

Berlin. (Eig. Ber.) Die sportlichen Wettkämpfe im Rahmen des Deutschlandtreffens begannen bereits am Samstag in dem von der FDJ selbsterbauten, neuen „Walter-Ulbricht-Stadion“ und fanden ihren Höhepunkt am Pfingstsonntag. In Anwesenheit des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Vertreter der Regierung und zahlreichen Ehrengästen aus der sozialistischen Sowjetunion und den Volksdemokraten erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht, daß der Bau solcher hervorragender Stadien nur der großen Initiative aller Werktätigen zu verdanken sei. Sie hätten sich mit aller Kraft dafür eingesetzt, daß das Friedentreffen der Jugend der Ausgangspunkt für eine breite Entwicklung des Volkssports in der DDR werde. Die Leistungen der Meister des Sports aus der Sowjetunion und aus den volksdemokratischen Ländern würd unseren Sportlern zeigen, was sie noch lernen müssen.

Walter Ulbricht erinnerte daran, daß die Sportler eine große Verantwortung tragen. Schon zweimal in der deutschen Geschichte haben die verantwortlichen Funktionäre der Sportbewegung die verhängnisvolle Kriegspolitik des deutschen Imperialismus unterstützt und Deutschland mit Schande bedeckt. Viele haben sich als sogenannte „Nur-Sportler“ vom Hitlerfaschismus mißbrauchen lassen. Deshalb wurde eine gründliche Umwälzung der deutschen Sportbewegung notwendig. Vor allem müs-

sen alle Sportler begeisterte Kämpfer für den Frieden sein.

Schon der Eröffnungstag bot ein farbenfrohes Bild. Das zarte Grün des Spielfeldes, eingerahmt von der Laufbahn, erfreute das Auge eines jeden Besuchers. Auf der II. Terrasse und der Zielseite wehte ein Meer von blauen und roten Fahnen, unterbrochen von den Fahnen des Weltjugendbundes.

Als die Wettkämpfer gegenüber der Ehrentribüne in das Stadion einmarschierten, löste sich die auf Teilnehmern und Zuschauern lastende Spannung. Hinter den Fahnen kam als erste Nation Polen, gefolgt von dem Olympiakämpfer Adamczyk, dann die große sportliche Streitmacht der Sowjetunion, angeführt von Europa-meister Komariow, der hoch erhoben das leuchtende Farbenspiel der Sowjetunion trug. Die Sportunion der Tschechoslowakei folgt in ihren blauen Trainingsanzügen, dann die Ungarn in braun und dahinter die Sportmannschaft der DDR in braun und weiß.

Beifall brauste auf, als die Mannschaften vor der Ehrentribüne aufstellung nahmen. Mit besonderem Jubel wurden vor allem die sowjetischen Teilnehmer begrüßt, in denen die vielen tausend Sportler und die FDJ das große Vorbild aller für den Frieden kämpfenden Sportler erblickten. Die Anwesenheit einer so starken und qualifizierten Sportdelegation aus der Sowjetunion ist ein besonders deutliches Zeichen des Vertrauens.

Im Streiflicht gesehen

Sowjetische Expedition will Mont Everest bezwingen

London. (dpa.) Eine sowjetische Expedition bereitet sich gegenwärtig auf die Besteigung des Mont Everest vor, berichtet die Londoner Zeitung „Daily Telegraph“. Die sowjetischen Bergsteiger haben sich in den Gebirgen des Pamirs und im Kaukasus ernstlich auf dieses schwerwiegende Unternehmen vorbereitet. Der Mont Everest im Himalaja-Gebirge wurde bisher noch nicht bezwungen. Mit 8840 Metern ist er der höchste Berg der Erde.

Keine Reisemarken mehr für die DDR nötig

Berlin. (dpa.) Reisende aus dem Bundesgebiet, die einen gültigen Interzonenpaß besitzen, brauchen jetzt bei einer Reise in die DDR keine Reisemarken mehr mitzubringen. Beim Grenzübergang werden ihnen Reisemarken der DDR ausgehändigt.

Bankrotte Regierung Tschiangkaischeks kann UNESCO-Beitrag nicht bezahlen

Florenz. (dpa.) Die Delegation der Kuomintang-Regierung auf der UNESCO-Konferenz, gegen deren Anwesenheit Ungarn und die Tschechoslowakei protestiert haben, erklärte am Montag vor der Verwaltungskommission, daß sie ihren Beitrag nicht bezahlen könne. Die Kuomintang-Chinesen wollen einen „symbolischen Beitrag“ von 10 000 Dollar im Jahr zahlen. Die Betragsschuld einer Reihe von Ländern gegen die UNESCO seit 1947 wird mit 9 629 317 Dollar angegeben.

Tunesische Bevölkerung demonstriert gegen amerikanische Waffenlieferungen

Tunis. (Nach dpa.) Unter Leitung des Friedensausschusses veranstaltete die tunesische Bevölke-

rung gewaltige Protestkundgebungen gegen das Eintreffen einer amerikanischen Waffenlieferung im Hafen von Bizerta. Die Polizei, die ein Verbot erlassen hatte, stand den Massendemonstrationen machtlos gegenüber.

Streikankündigung gegen die Besatzungsmacht

Detmold. (dpa.) Die Gewerkschaft für Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr will die bei der Besatzungsmacht beschäftigten 500 000 deutschen Arbeitskräfte zu einem Streik aufrufen, wenn die in nächster Zeit zu erwartenden neuen Lohnverhandlungen abermals verscheitert werden. Die deutschen Arbeitskräfte bei der Besatzungsmacht warten seit mehr als einem halben Jahr darauf, daß ihre Lohn- und arbeitsrechtliche Verhältnisse geregelt werden.

KP der Slowakei wählt Parteivorstand

Preiburg. (dpa.) Der Kongreß der Kommunistischen Partei der Slowakei wurde am Sonnabend mit der Wahl des Vorstandes des Zentralkomitees beendet. Vorsitzender wurde wieder Vilian Siroky, der tschechoslowakischer Außenminister und stellvertretender Vorsitzender der tschechischen Kommunistischen Partei ist. Als Generalsekretär wurde Stefan Bastovansky wiedergewählt.

IG-Metall fordert fortschrittliches Jugendschutzgesetz

Bonn. (dpa.) Der Vorsitzende des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt, Walter Freitag, trat am Sonntag bei einem Bezirksjugendtreffen der IG-Metall in Bonn für ein fortschrittliches Jugendschutzgesetz ein. Eine Arbeitsdienstpflicht lehnte er energisch ab.

(Fortsetzung von Seite 1)

schlossene Front voller Willen, voller Enthusiasmus, der Aktivität und mit zündenden Parolen.

Doch diese geschlossene Front voller Willen, voller Aktivität ist die Front der jungen deutschen Friedenskämpfer. Sie treibt den Kriegstreibern und Kriegsprovokateuren ein „beklemmendes Gefühl“ über den gekrümmten Buckel. Denn sie wird Seite an Seite mit allen Freunden des Friedens in der ganzen Welt, einen neuen Krieg verhindern.

Die Kräfte des Friedens sind stärker denn je. Das zeigt uns das Deutschlandtreffen unserer deutschen Jugend.

Rekruten aus den Renault-Werken schreiben ihren Arbeitskameraden

Unter schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen mit unseren 20 Jahren in Uniformen gesteckt, vom Kriege bedroht, unter der Drohung nach Vietnam geschickt zu werden, um einen ungerechten Krieg zu führen, sehen wir uns nach schändlicher Ausbeutung unserer Jugend in den Renault-Werken einem noch härteren Leben gegenüber und sollen mit einem Sold von 6 Francs am Tag (etwa 15 Pfennig) Briefmarken, Fahrgehalt, Tabak und Kino bei einer unzureichenden Ernährung bestreiten. Wir stellen uns unter den Schutz der Arbeiter der Renault-Werke, ohne Unterschied unserer politischen oder religiösen Überzeugung. Wir rufen sie auf, uns zu helfen, uns zu schreiben, mit uns unsere Forderungen zu vertreten, besonders die Rückkehr des Expeditionskorps aus dem Fernen Osten, die 3000 Francs Lohnerhöhung, die Unterstützung der Kollektivverträge, die die Forderungen der Rekruten regeln.

Wir sind heute davon überzeugt, daß nur eine Volksregierung, eine Regierung für das Volk und durch das Volk uns zu einem besseren Leben verhelfen kann. Mit dem Willen, Soldaten des Friedens zu sein, werden wir uns weigern, die Henker unseres eigenen Volkes, von Euch, Arbeitern der Renault-Werke zu werden, und wir unterzeichnen den Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses von Stockholm. Wir werden uns immer daran erinnern, wer wir sind und woher wir kommen, Arbeiter der Renault-Werke! Ihr werdet nie wegen uns erötten müssen. Er lebe Frankreich!

Aus der „Humanité“, Paris.

Über 53 000 Unterschriften in Nürnberg

Nürnberg. (EB.) Wie das Friedenskomitee mitteilt, wurden bis zum 23. Mai insgesamt 53 342 Unterschriften für das Verbot der Atombombe in Nürnberg gesammelt. Etwa der neunten Teil der Gesamtunterschriften wurde von der FDJ gesammelt.

Kriegspläne bedrohen auch England

London. Drei neue Flugstützpunkte für USA-Superbomber werden laut „Manchester Guardian“ in der Umgebung von Oxford gebaut, USA-Bautrupps und Ingenieure sollen schon unterwegs sein. Großbritannien solle in den Kriegsplänen die Rolle eines Stützpunktes für Atomangriffe spielen; man müsse sich jedoch klar sein, daß die Insel bei einem Gegenangriff nicht verteidigt werden kann, stellt eine vom Verband der britischen Wissenschaftler veröffentlichte Broschüre fest.

Ernsthafte Lehren ziehen

Die Konferenz der Mannheimer Parteifunktionäre begrüßt die rasche Entlarvung des heimtückischen Agenten Kurt Müller durch den Parteivorstand und seine Ausstoßung aus der Partei.

Wir Mannheimer Parteifunktionäre geloben aus dem Fall Müller ernsthafte Lehren zu ziehen für unsere Arbeit der ideologischen und organisatorischen Festigung der Parteioorganisation. Wir verpflichten uns, die Wachsamkeit gegen alle Versuche der Zersetzung und Lähmung der Partei zu erhöhen und mit noch größerer Energie als bisher den Kampf um den Frieden zu organisieren.

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden ...“

Pfarrer Merten und „Bundesbeauftragter“ Merten sprechen verschiedene Sprachen

Dieser Tage hat der „Bundesbeauftragte für Kriegsgefangenenfragen“, Pfarrer Heinrich Merten, die unwahre Behauptung aufgestellt, in der Sowjet-Union befänden sich noch 400 000 deutsche Kriegsgefangene. Da es sich hierbei um den gleichen Pfarrer Merten handelt, der noch vor einem Jahr die Wahrheit aussprach, die er kennt, sollen hier einige Stellen aus dem Protokoll der Unterredung angeführt werden, die am 16. Februar 1949 zwischen dem Parteivorstandsmitglied der KPD, Bundestagsabgeordneten Walter Fisch, dem Landesvorsitzenden der KPD Hessen, Bundestagsabgeordneten Oskar Müller, der Stadtverordneten Eva Steinschneider, Frankfurt, einerseits und des Pfarrers Merten als Landesbeauftragten für Kriegsgefangenenbetreuung in Hessen andererseits stattfand.

Die Kommunistische Partei unterließ es damals mit Absicht, von dem über diese wichtige Sitzung angefertigten Protokoll in der Öffentlichkeit Gebrauch zu machen. Sie mußte befürchten, daß Pfarrer Merten auf Veranlassung der Amerikaner nach Bekanntgabe dieser Unterredung mit Kommunisten seines Postens entbunden werden würde, weil er nicht „zuverlässig“ im Sinne der in- und ausländischen Lügenfabriken arbeitete, sondern — wenn auch im kleinen Kreis — der Wahrheit die Ehre gab.

Der heutige Bundesbeauftragte Merten jedoch ist ein anderer als der „Kriegsgefangenen“-Pfarrer Merten vom Februar 1949. Inzwischen hat er offensichtlich die amerikanische Schule erfolgreich absolviert und weiß, was er den Propagandahauptlingen in Washington und Bonn schuldig ist. Da Herr Merten heute sicherlich keine Repressalien mehr zu fürchten hat, sieht die KPD keine Veranlassung mehr, der Öffentlichkeit den Inhalt der damaligen Unterredung vorzuenthalten. Dieser Inhalt ist lehrreich für hunderttausende einfacher Menschen, die heute

Die Fraktion der Kommunistischen Partei hat im Bundestag einen Gesetzentwurf eingereicht, der eine Regelung der Besatzungsschäden fordert. Sie erfüllt damit einen Wunsch von Millionen Besatzungsschädigten, die seit 1945 zum Nutzen der Besatzungsmacht ihre Häuser und Wohnungen räumen mußten.

31 654 Wohngebäude mit 293 775 Wohnräumen, 1208 Gaststätten und Hotels, 167 Schulen und wissenschaftliche Institute, 124 Kinos Theater und Vergnügungsstätten, 106 Krankenhäuser und Heilstätten waren am 31. Dezember 1949 nach unvollständigen Angaben noch für die Bedürfnisse der Besatzungsmächte beschlagnahmt. Hinzu kommt eine bedeutende Anzahl von beschlagnahmten Sportplatzanlagen aller Art, von Erholungsstätten usw.

Die Fraktion der KPD im Bundestag hat einen Antrag eingebracht, der die Freigabe dieser Anlagen fordert.

Die Abnutzung und der Verschleiß der von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Gebäude überschreitet in vielen Fällen das normale Maß der Abnutzung. Die Eigentümer müssen mit ansehen, wie ihr schwer erworbenes Gut von den Angehörigen der Besatzungsmacht in einer Form behandelt wird, die einer Zerstörung gleichkommt. So wurde z. B. 1945 für die Bedürfnisse der Besatzungsmacht ein Häuserblock in der Stadt Offenbach a. M. von den Mietern geräumt. Die Mieter mußten ihre Einrichtungsgegenstände zurücklassen und wurden zum größten Teil in Notquartieren untergebracht, in

den sie heute noch leben. Vor kurzem ging eine Notiz durch die Presse, daß eine Brennholzfirma Bruchmöbel als Heizmaterial pro Zentner für 60 Pfennige verkauft. Die Betroffenen der damaligen Räumung mußten zu ihrem Entsetzen feststellen, daß es sich bei diesen Bruchmöbeln zum Teil um ihre eigenen Einrichtungsgegenstände handelt.

Während die Entschädigungsfrage für Gaststätten, Hotels, Kinos, Theater und Vergnügungsstätten in einzelnen Fällen zufriedenstellend gelöst ist, werden die Eigentümer der beschlagnahmten Wohngebäude in einer Art und Weise behandelt, die sie zwingt, seit ihrer Ausweisung im Jahre 1945 in baufälligen Wohnbaracken und primitivsten Notunterkünften zu hausen. Die Eigentümer der Siedlung „Zeppelinheim“ bei Frankfurt a. M., deren Häuser Privateigentum der Angestellten der ehemaligen Zeppelin-Reederei sind, mußten 1945 ihre Häuser mit Einrichtung der Besatzungsmacht zur Verfügung stellen. Die Vertriebenen erhalten dafür eine Nutzungsentschädigung von 42 DM monatlich, sie müssen aber alle auf den Objekten ruhenden Verpflichtungen sowie die staatlichen und kommunalen Gebühren, Grundsteuer, Kanalgebühren, Abgabe zur Soforthilfe usw. entrichten und für die baufälligen, z. T. schon verfallenen Baracken ohne jede sanitäre Anlagen, in denen sie hausen, monatlich 72.— DM Miete pro Baracke zahlen. Solche Beispiele gibt es viele.

Auf die Größe des Gesamtschadens kann man aus der Tatsache schließen, daß in einer einzigen Besatzungszone eine Entschä-

gungssumme von mehr als 250 Millionen DM gefordert wird. Diese Summe wird zweifellos noch steigen. Der Schaden, der der deutschen Jugend durch die Beschlagnahme von 167 Schulen und wissenschaftlichen Instituten zugefügt wird, läßt sich in Ziffern gar nicht ausdrücken.

Die Besatzungsschädigten haben sich durch den Zusammenschluß gegen die ungerechte Behandlung zu wehren versucht. Sie fanden gelegentlich offene Ohren, aber nirgends offene Hände. Ihre Organisationen bemüht sich lange, mit den Vertretern der herrschenden politischen Parteien in Verbindung zu kommen, und dadurch ihre Mitwirkung zu einer gerechten Entschädigung zu gelangen. Wie so viele andere Bevölkerungsteile müssen auch sie feststellen, daß sie von dieser Seite nichts zu erwarten haben; denn ein Eintreten für die Interessen der Geschädigten würde bedeuten, Stellung zu nehmen gegen die Politik und die Anwesenheit der Besatzungsmächte und müßte sie zwangsläufig bei ihren Auftraggebern in Ungnade versetzen.

Der hessische Finanzminister Hilpert hat im Jahre 1948 den Vertretern der Besatzungsschädigten versprochen, daß an Stelle der beschlagnahmten Häuser in Hessen 50 neue Häuser für die Geschädigten erstellt werden sollen. Bei diesem Versprechen ist es geblieben, und gebaut wurde bei Seeheim a. d. Bergstraße ein einziges Haus. Die aus ihren Wohnhäusern Vertriebenen, die heute noch zum großen Teil in den primitivsten Unterkünften hausen, wollen aber, daß ih-

nen endlich eine gerechte Entschädigung zuteil wird.

Der eingangs erwähnte Antrag der kommunistischen Fraktion im Bundestag wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Besatzungsschädigten ausgearbeitet und am 22. Mai 1950 im Bundestag eingereicht. Dieser Gesetzentwurf fordert, daß die Abgeltung von Besatzungsleistungen und Besatzungsschäden gesetzlich geregelt wird. Nach diesem Gesetzentwurf sollen alle Besatzungsleistungen und Besatzungsschäden sachlicher und persönlicher Art entschädigt werden. Dabei darf diese Frage nicht auf das Gebiet des allgemeinen Lastenausgleichs abgeschoben werden, von dem bekannt ist, daß mit einer spürbaren Entlastung der Kriegs- und Nachkriegsschädigten nicht zu rechnen ist.

Die Entschädigung soll in der Regel in Geld gewährt werden. Ein Anspruch auf Entschädigung soll jeder haben, der durch Besatzungsleistungen oder Besatzungsschäden einen Vermögensschaden erleidet. Bei der Abfassung des Gesetzes wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß alle Besatzungs-, Personenschäden und Vermögensschäden, die infolge einer Beschlagnahme oder der Nutzungsentziehung einer Sache entstanden sind, durch gerechte Entschädigung abgegolten werden. Die Festsetzung dieser Entschädigung soll durch die kommunale Abgeltungsbehörde erfolgen, deren Vorsitzender entweder der Oberbürgermeister oder der Landrat ist, Beisitzer sollen je ein Vertreter der Stadtverwaltung oder des Kreistages und ein Vertreter der Besatzungsschädigten sein. Vor diesem Gremium soll die zu gewährenden Entschädigung verhandelt werden.

Die Fraktionen der anderen politischen Parteien haben nun Gelegenheit, ihren freundlichen Worten Taten folgen zu lassen. Die Regierung Adenauer, die immer so laut von ihrem sozialen Gewissen spricht, kann nun beweisen, daß sie tatsächlich bestrebt ist, ein Problem der Nachkriegszeit in Deutschland seiner gerechten Lösung auf schnellstem Wege entgegenzuführen. Es kann nicht zweifelhaft sein, wie sie sich diesem Gesetzentwurf gegenüber verhalten werden.

Die Forderung, für die Besatzungsangehörigen Wohnhäuser zu erstellen, bedeutet nur eine Verlängerung der Not, denn für eine Wohninheit, die den Ansprüchen der Herrschaft genügt, die hier Besatzungsangehörige sind, können mindestens fünf bis sechs Wohnheiten für die deutsche Bevölkerung erstellt werden. Grundsätzlich geht es den Besatzungsschädigten darum, in absehbarer Zeit wieder in den Besitz ihres beschlagnahmten Eigentums zu kommen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die Besatzungstruppen Deutschland verlassen. Es ergibt sich also für die Besatzungsschädigten die zwingende Notwendigkeit, sich mit denen zu verbinden, die konsequent für den Abzug der Besatzungsmächte eintreten. Sie müssen sich einreihen in die Nationale Front des demokratischen Deutschland zum Kampf für eine einheitliche, friedliebende deutsche demokratische Republik.

für den Abschluß eines Friedensvertrages, für den Abzug der Besatzungstruppen!

Kampf für die Rechte des Betriebsrates

Die Arbeiterschaft wird nur soviel Mitbestimmungsrecht besitzen, wie sie sich selbst erkämpft

Je größer die Erfolge der wirtschaftlichen Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik sind, desto stärker wird der Haß der westdeutschen Monopolisten gegen die fortschrittlichen Kräfte, desto wütender bekämpfen sie die demokratischen Rechte der Arbeiterschaft. Sie kehren immer öfter ihren „Herr im Hause“-Standpunkt heraus.

Wie anders soll man es nennen, wenn zum Beispiel der Bosch-Konzern nacheinander zwei von der Belegschaft gewählten Betriebsräten kündigt, nur weil sie sich für die Interessen der Werktätigen einsetzen. Zuerst war der Kollege Hildwein das Opfer der Unternehmerwillkür. Jetzt ist der zweite Vorsitzende des Betriebsrats Gustav Knoblich, der von der reaktionären Betriebsleitung fristlos entlassen wurde, angeblich wegen seiner parteipolitischen Tätigkeit, in Wirklichkeit aber weil Knoblich die demokratischen Rechte der Belegschaft gegenüber der Willkür der Betriebsleitung verteidigt hat.

Die Belegschaft stellt sich auch jetzt noch hinter ihren Kollegen Knoblich. Der gesamte Betriebsrat der Bosch-Werke hat beschlossen, die fristlose Entlassung nicht anzuerkennen und die Vertrauensleute des Stuttgarter und des Feuerbacher Bosch-Betriebes haben sich solidarisch mit dem Kollegen Knoblich erklärt und gegen die Entlassung protestiert. Sie fordern gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen das Vorgehen der reaktionären Direktion. Die Gewerkschaft wird beim Arbeitsgericht klagen.

Die Kollegen des Feuerbacher Bosch-Betriebes haben beschlossen, sich jeder gewerkschaftlichen Kampfmaßnahme der Stuttgarter Belegschaft sofort anzuschließen und zeigen damit ihre Kampfbereitschaft. Sie haben erkannt, daß der Unternehmerwillkür mit den Machtmitteln der organisierten Arbeiterschaft entgegengetreten werden muß.

Auch in anderen westdeutschen Betrieben wird der Kampf geführt gegen die Scharfmacher, die alle fortschrittlichen Kräfte aus den Betrieben entfernen wollen. Erst vor wenigen Tagen mußte das Landesarbeitsgericht Hessen eine Entscheidung zu gunsten des Kündigungsschutzes der Betriebsräte fällen. In einem Ton- und Ziegelwerk in

der Umgebung von Frankfurt-Main hatte die Betriebsleitung den Betriebsratsvorsitzenden und ein weiteres Betriebsratsmitglied entlassen wegen „Betriebsstillelegung“, obwohl noch neun andere Arbeiter beschäftigt wurden. Die Firma wurde zur Wiedereinstellung verurteilt.

Es gibt noch andere Beispiele für diesen Kampf um die demokratischen Rechte. Nur eines wollen wir noch anführen. Bei der Continental in Hannover kämpft ein Kollege — der als fortschrittlicher Gewerkschaftler bekannt ist, und der ebenfalls aus politischen Gründen entlassen wurde, schon seit Monaten um seine Wiedereinstellung. Trotzdem das Arbeitsgericht die Firma zur Wiedereinstellung verurteilt hat, verweigert sie dem Kollegen den Zutritt zum Betriebe. Diese Kämpfe der Arbeiter und Angestellten für die Rechte der Betriebsräte sind ein Teil des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in allen Fragen des Betriebes und der Wirtschaft. Diese anwachsende Kampf-bewegung um das Mitbestimmungsrecht wird von den in- und ausländischen Monopolisten als eine große Gefahr für ihre Willkürherrschaft erkannt. Deshalb soll die monopolistenhörige Adenauer-Regierung die Kraft der organisierten Arbeiterschaft brechen durch ein Gesetz, daß die Arbeitsgemeinschaftspolitik verstärken soll, wodurch das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben umgefächert und damit praktisch illusorisch gemacht werden soll. Deshalb versuchen sie durch solche Einzelaktionen — wie die Entlassung des Betriebsrats im Stuttgarter Bosch-Betrieb die Kraft der organisierten Arbeiterschaft zu schwächen, um so die Voraussetzung zu schaffen für den Großangriff auf die Lebenshaltung der Werktätigen und die beschränkten demokratischen Rechte der Arbeiterschaft.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten nun auch in dem neuen Gesetz der Arbeit verankert. Die Staatsmacht und die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft befinden sich in den Händen des werktätigen Volkes. Im Paragraph 4

Abs. 1 des Gesetzes der Arbeit in der DDR heißt es:

„In unserer neuen demokratischen Ordnung, in der die Schlüsselbetriebe dem Volk gehören, wird das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten als die entscheidende Kraft in der Führung der Wirtschaft durch die demokratischen staatlichen Organe verwirklicht.“

In Westdeutschland müssen die Werktätigen jede Form von Mitbestimmungsrecht verteidigen. Es ist klar, daß die Arbeiterschaft nur soviel Mitbestimmungsrecht besitzen wird, wie sie sich selber erkämpft. Der Kampf der Belegschaft der Stuttgarter Bosch-Betriebe gegen die Entlassung des Kollegen Knoblich, die Kämpfe in Frankfurt-Main und Hannover u. a. sind Kämpfe um die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts. Es gilt den Willkürmaßnahmen der Konzernkapitalisten die organisierte Arbeiterklasse entgegenzusetzen. H. H.

Herausforderndes Verhalten der Grubendirektion am Grabe der Opfer

Will Grubendirektor Dr. Kost die Untersuchung beeinflussen?

Bonn. Der Landesausschuß Nordrhein-Westfalen der „Nationalen Front“ veröffentlicht folgende Erklärung:

Aus allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der Ruhrarbeiterschaft, wurde angesichts der Grubenkatastrophe auf Zeche „Dahlbusch“ einmütig und mit Nachdruck die Untersuchung der mittelbaren und unmittelbaren Ursachen dieses Unglücks, die Abschaffung der Ausbeutungsmethoden, Verbesserung der Grubensicherheit und Bestrafung der zu ermittelnden Schuldigen gefordert.

Statt das Ergebnis einer solchen, auch gegen ihn zu richtenden Untersuchung abzuwarten, hatte der Generaldirektor Dr. Kost von der deutschen Kohlenbergbauleitung den schlechten Geschmack, sich bei den Trauerfeierlichkeiten in Gelsenkirchen vor die Hinterbliebenen der getöteten Bergleute zu stellen und eine Hetzrede gegen alle diejenigen zu halten, die Untersuchung der Katastrophe und Bestrafung der Schuldigen verlangen.

Dr. Kost behauptet, der Grubensicherheitsausschuß Nordrhein-Westfalen habe ausdrücklich schon jetzt festgestellt, daß Verwaltung, Betriebsrat, Behörden und deutscher Kohlenbergbauleitung keinerlei Schuld an dem Unglück nachzuweisen sei. Dr. Kost ist die oberste verantwortliche Stelle für diese Katastrophe. Er soll sich vor den Richtern verantworten, die nach durchgeführter Untersuchung über die Schuldfrage zu entscheiden haben. Er hat kein Recht, eine Trauerfeier zu einer politischen Demonstration, zu seiner persönlichen Entlastung zu benutzen. Die von Dr. Kost bei dieser Trauerfeier vorgebrachten Behauptungen sind falsch. Der Zechensicherheitsausschuß hat bis jetzt nur einen vorläufigen Bericht auf Grund rasch

abgehaltener Besprechungen abgegeben. Die eigentliche und genaue Untersuchung kann noch gar nicht durchgeführt werden, weil die Unglücksstelle wegen der noch schwelenden Brände und fortdauernder Explosionsgefahr zugemauert werden mußte und noch nicht begangen werden kann. Wenn in diesem vorläufigen Bericht tatsächlich ausgesprochen sein sollte, daß keine genannten verantwortlichen Stellen irgend eine Schuld trifft, so muß diese Erklärung des Zechensicherheitsausschusses aus den genannten Gründen als vorzeitig, sachlich unbegründet und tendenziös zurückgewiesen werden.

Wir verlangen von den obersten zuständigen Behörden in Westdeutschland, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für Arbeit, daß sie nunmehr von sich aus eine unparteiische, von Fachleuten durchzuführende Untersuchung an Ort und Stelle anordnen, das Ergebnis dieser Untersuchung in vollem Wortlaut baldmöglichst veröffentlichen und ohne Rücksicht auf Person oder Amt gegen alle Schuldigen an dieser Katastrophe Anklage vor dem ordentlichen Gericht erheben.

Darüber hinaus ruft die „Nationale Front“ alle Deutschen auf, gemeinsam mit ihr die koloniale Ausbeutung zu bekämpfen, die nach dem Raubbau an den deutschen Kohlengruben während der Hitlerzeit die Antriebsmethoden im Bergbau fortsetzt und solche Katastrophen verschuldet. Wir verlangen die Überführung der Gruben in die Hand des Volkes und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse, die nicht zu erreichen sind solange kapitalistische Kräfte die deutschen Bodenschätze für ihre Profitzwecke mißbrauchen können.

KPD gegen die Erhöhung der Mietpreise

Antrag der KPD-Fraktion im Württemberg-Badischen Landtag

Stuttgart (EB.) Die kommunistische Landtagsfraktion von Württemberg-Baden hat folgenden Antrag im Landtag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Bundesregierung und im Bundesrat alle geeigneten Schritte zu unternehmen, damit der Runderlaß 72/49 der Verwaltung für Wirtschaft vom 6. 9. 1949, der die Abwälzung der erhöhten Grundsteuern und öffentlich-rechtlichen Gebühren auf die Mieter ab 1. April 1950 ermöglicht, zurückgezogen wird.

Durch diese Anordnung der Verwaltung für Wirtschaft geben die Gemeindeverwaltungen, die die erhöhten Grundsteuern und Gebühren zur Deckung ihres Haushaltsdefizits benutzen, dem Hausbesitz die Möglichkeit, alle über ein Prozent erhöhten Steuern und Gebühren auf die Mieter abzuwälzen.

Das Resultat ist in den Gemeinden verschieden. Die neue Belastung der Mieter

differiert zwischen 3—10 und in der Spitze 12 Prozent des Mietpreises.

In den Städten und Gemeinden, in denen erhöhte Grundsteuern und Gebühren eingeführt sind, müssen Anträge auf die Zurückziehung der Verordnung eingereicht und die Senkung durch die Gemeindeverwaltungen verlangt werden, um durch solche Maßnahmen die erneute Belastung der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren.

Vor den kommunistischen Gemeinderäten in den Gemeinden, in denen die Abwälzung der erhöhten Grundsteuern und Gebühren (Müllabfuhr u. dergl.) im Zusammenhang mit den Haushaltberatungen auf die Tagesordnung gestellt wurde oder noch wird, steht die Aufgabe, gemeinsam mit den Mieterorganisationen und wo es möglich ist, mit dem kleinen Hausbesitz alles zu tun, um die Erhöhung rückgängig zu machen und die Abwälzung auf die Mieter durch eine breite Massenbewegung zu verhindern.

Frühling der Völker

von Franz Pichler

Ich habe den Frühling in der Nähe Leninsgrads und ich habe den Beginn des Frühlings in Moskau erlebt. Und immer wieder überraschte mich das Ungestüm und die Heftigkeit, mit der er anbrach. Ueber Nacht war er gekommen, und mit einer Fruchtbarkeit, die unseren deutschen Menschen geradezu unvorstellbar düngt. Unvorstellbar klar weitet sich das frühlingshafte Land und das Grün der Bäume, das Wachstum der Felder ist ein fast übermütiger Schwung zu Beginn und Reife. Ich erinnere mich der Frühlingswiesen in der Nähe Nowgorods, die ein Meer blühender Buschwindröschen waren, und es wurde mir klar, warum im russischen Volkslied und Märchen gerade der Frühling eine so große Rolle spielt.

Und doch war es mein, was mich zu einem Freund dieses Landes machte. Wir haben ein Recht, uns im Frühling über den Sieg des jungen Lebens in der Natur zu freuen, aber mehr noch müssen wir uns freuen über den Frühling in der Menschheit, der nach einem Dichterwort Throne stürzen und das Morsche wanken läßt. Frühling, Wachstum und Reife gab es zu allen Zeiten und solange die Welt besteht, aber besonders liebend und suchen müssen wir doch das Neue, Fortschrittliche im Menschen, das uns zu einer besseren, menschenwürdigeren Form des Zusammenlebens bringt. Was besagt da schon ein liegendegebliebenes vorjähriges welkes Blatt oder ein übergebliebener grauer Schneefleck in einer besonders dunklen, der Sonne unzugänglichen Ecke?

Um es mit einem Wort zu sagen: Ein Land ist nicht ohne die Menschen, die auf ihm leben. Und um des Neuen, Frühlingshaften in diesen Menschen bin ich ein Freund dieses, des Sowjetlandes geworden.

Man sagte uns vor nicht allzulanger Zeit in unseren Schulen, „Kriege sind unvermeidlich“. Ist es nicht liebens- und nachahmenswerter, was diese Menschen, die Sowjetleute, uns lehren: „Wir müssen uns um den dauerhaften, ehrlichen Frieden kämpferisch bemühen“? Man prägte uns ein: „Es gibt Herren und Knechte, und der Knecht hat seinem Herrn in Gehorsam zu dienen.“ Ist es nicht wiederum beglückender und menschenwürdiger, was die Sowjetleute lehren und in die Tat umsetzen: „Wir wollen alle Herren unseres Landes, seine Baumeister, Techniker und Konstrukteure sein“?

Ich habe im Frühling überstarke Traktoren, riesige Pflüge, Eggen und mir unbekannte Maschinen über kilometerweite Felder ziehen sehen. Ich war beispielsweise am Moskwa-Weißer-Kanal und sah die technisch vorbildlichen Einrichtungen seiner Schleusen und Staubecken. Ich bin in Moskau auf der „Metro“, der modernsten U-Bahn der Welt, gefahren und bewunderte die Pracht ihrer Bahnhöfe, die in keinem kapitalistischen Land ihresgleichen haben.

Fürwahr, es ist etwas Frühlingshaftes in diesem Land, nicht nur in dem jahreszeitbedingten Knospen seiner Bäume, im Grünen der Kolchosfelder oder in dem unscheinbaren Blüten der Schneeglöckchen und Veilchen in den Wäldern um Moskau, sondern auch in dem Wachstum seiner Fabriken, seiner Bergwerke oder der vielstöckigen Wohnbauten seiner Städte, und darin, wie dieses Land und seine Menschen die winterhaften Kriegezerstörungen überwunden haben und alles zu einer höheren, noch nie dagewesenen Reife führen.

Ich weiß nicht, ob es ein Zufall war, aber wenn es irgend etwas gab, was mich besonders beeindruckte, dann war es gerade die Liebe der Sowjetmenschen zum Frühling, der seinen innigsten Ausdruck in dem silberzarten Grün knospender Bäume findet.

Durch Moskau zieht sich ein kostbarer Ring gepflegter Gärten und Parke, und die Lenin-grad-Chaussee ist eine überdimensionale Allee, durch die sich ein Großstadtverkehr von Londoner oder New Yorker Ausmaßen bewegt. Zu den beachtetsten Vorbereitungen für den 1. Mai des vergangenen Jahres, die nicht nur die sowjetischen Zeitungen, sondern alle Moskauer Menschen beschäftigten, gehörte unter anderem die Bepflanzung der Gorkistraße mit mehr als zehnjährigen Bäumen. Auf Spezialfahrzeugen, die Wurzeln im heimatischen Mutterboden eingebettet, wurden sie Anfang April angefahren, mit Winden und Aufzügen in ihre neuen Standorte gesetzt, und schon am 1. Mai begrüßte eine jubelnde Menschenmenge die grüne Pracht der frühlingsfestlichen Gorkistraße.

Während tollgewordene Geldmengen in den imperialistischen Ländern Kriegsspychosie zu entfalten suchen, Wissenschaft zur Herstellung von Bakterien- und Atombomben zwingen, die nur der Verwandlung der Welt in eine neue Wüste dienen können, denken Sowjetmenschen daran, wie sie durch neue Methoden der Anpflanzung

Wüsten zu fruchtbaren Landstrichen umzuwandeln vermögen, arbeiten sowjetische Wissenschaftler von der Art Alexander Bogomolzs an der Verlängerung des menschlichen Daseins. Es war im Jahre 1948, als der Held der Sowjetunion Kapitän Smirnow einmal zu mir sagte: „Lieber Freund, wie bin ich glücklich darüber, daß wir den Frieden erzwingen haben. Wie freue ich mich, daß wir unseren Mut nicht mehr gegen einen Feind einzusetzen brauchen, der unser Land bedroht, sondern kühn nach friedlichen Aufbau unserer Heimat voranschreiten können. Nichts liebe ich heißer als den ehrlichen Frieden aller gutgesinnten Menschen.“ Unwillkürlich mußte ich in diesem Augenblick an die Worte denken, die einige Zeit zuvor

Mr Baruch, der Vorsitzende des amerikanischen Atomkontrollausschusses, auf einem Festbankett über alle Sender des amerikanischen Rundfunks der aufgehenden Welt zurief. „Der Frieden“, so sagte er, „erscheint uns zwar erstrebenswert im Toben des Krieges, aber schrecklich, wenn er ausgebrochen ist!“

Ich will hier nicht polemisieren oder gar von der hohen Politik sprechen. Ich will ganz einfach fragen: In welchem kapitalistischen Lande wäre es möglich, daß ein Kesselschmied Oberstleutnant und mehr wird? Ich habe solche Menschen kennengelernt, und sie erwiesen sich als bessere Taktiker und Strategen wie ihre eingefuchtesten Gegner. In welchem kapitalistischen Lande, so will

Die Völker kämpfen für den Frieden

Aus dem Leitartikel der „Iswestija“ vom 19. Mai:

Die Friedensbewegung der Völker demonstriert von Tag zu Tag anschaulicher diese gewaltige, moralische und politische Kraft. Die Bewegung der Friedensanhänger gestaltet sich zu einem wichtigen progressiven Faktor der gegenwärtigen internationalen Situation. Neben dem Wachstum und der Festigung der Reihen der Friedenskämpfer bewirkt die Verstärkung ihrer Aktivität größte Angst im Lager der imperialistischen Kriegsbrandstifter.

Millionen Menschen der Welt überzeugen sich mit eigenen Augen, daß die Kriegsgefahr als Folge der aggressiven Politik des imperialistischen Lagers, das von den USA geführt wird, wächst. Die gewaltige Bedeutung der Bewegung der Friedensanhänger besteht darin, daß sie nicht nur dazu beiträgt, den einfachen Menschen diese Gefahr zum Bewußtsein zu bringen, sondern daß sie auch deren Kräfte zum Kampf gegen die verbrecherischen Pläne der Wall Street und City mobilisiert. In den kapitalistischen Ländern wurde jetzt in der Kette der historischen Aufgaben der Kampf um den Frieden zur Hauptaufgabe der Arbeiterklasse, die auf der allgemeinen Plattform der Verteidigung des Friedens die breitesten Volksmassen um sich sammelt.

Die erfolgreiche Durchführung der internationalen Unterschriftensammlung für den Appell zum Verbot der Atomwaffe versetzt den Plänen der Atommenschenfresser den schwersten Schlag, und stellt eine machtvolle Warnung der Völker dar. Sie bezeugt, daß, wenn die Imperialisten die Atombombe in Tätigkeit setzen sollten, sie der strengen Strafe nicht entgehen werden, wie die Kriegsverbrecher, die Häuptlinge des deut-

lichen Faschismus, dem Gericht der Völker nicht entweichen konnten.

Der Appell des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses hat die Unterstützung der Völker in den Ländern der Volksdemokratie, in Europa und Asien gefunden. In Ungarn haben bis jetzt 7,23 Mill. Menschen den Appell unterzeichnet. In Bulgarien wurden fast 6 Mill. Unterschriften gesammelt. In Rumänien stimmten rund 8 Mill. Menschen, darunter über 5,5 Mill. Bauern, für den Frieden.

Die Unterschriftensammlung wurde in China, in Polen, in der Tschechoslowakei, in der Mongolischen Volksrepublik, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in Angriff genommen. In der Deutschen Demokratischen Republik haben seit dem 1. Mai über 15 Mill. Menschen den Appell des Ständigen Komitees unterzeichnet. Trotz der Hindernisse, die den Friedensanhängern in Westdeutschland in den Weg gelegt werden, haben auch dort Hunderttausende Deutsche für den Frieden gestimmt. Die deutschen demokratischen Kräfte, die zu einem Bestandteil des internationalen Friedenslagers wurden, haben mit Freude und Dankbarkeit den Beschluß der Sowjetregierung über die Senkung der Reparationskosten für Deutschland begrüßt. Dieser großzügige Beschluß begeistert das deutsche Volk zum weiteren Kampf um den Frieden.

Dem Appell des Ständigen Komitees haben sich im Namen von Hunderten Millionen ihrer Mitglieder die internationalen demokratischen Massenorganisationen angeschlossen: der Weltgewerkschaftsbund, der Weltbund der Frauen und Jugend, der internationale

Der Dichter des Romans

„Der stille Don“

Zum 45. Geburtstag des sowjetischen Dichters Michail Scholochow / Von M. Tscharny

Nach dem ersten Weltkrieg erschienen in allen Ländern Werke, die ganz verschieden urteilten über den Krieg und über die Jahre der Gärung, die ihm folgten, über die Verwirrung der Geister und über die Revolutionen, die nach dem Kriege entflammten.

Aber kaum ein Buch erregte mit der Schilderung dieser Zeit einen so tiefen und nachhaltigen Eindruck in der Welt, wie der vierbändige Roman des sowjetischen Schriftstellers Michail Scholochow „Der stille Don“. (In deutscher Uebersetzung erschienen im Verlag „Volk und Welt“, Berlin).

Das kommt daher, weil in diesem Roman die Ereignisse der russischen Revolution der größten Revolution der Geschichte, widerspiegelt wurden, weil in keinem anderen Land der Weltkrieg und die sozialen Probleme, die die Menschheit bewegten, eine derartige Tiefe des Erlebnisses hervorgerufen hatten wie dort, weil in diesem Roman die wie ein Ozean erregten Naturkräfte des Volkes ihre stärkste Wiedergabe gefunden hatten und weil die Söhne und Töchter des sowjetischen Volkes in diesem Roman im ganzen Reichtum ihrer seelischen Kräfte geschildert wurden.

In Scholochows Roman „Neuland unterm Pflug“ (in deutscher Uebersetzung erschienen im SWA-Verlag, Berlin) wird ein Bild der neuen Perspektiven der Abschaffung der alten Ordnung im bäuerlichen Leben und der Ueberwindung tausendjähriger selbststichtiger, individualistischer Instinkte, des Dranges zum Leben auf neuen kollektivistischen Grundlagen entwickelt. Scholochow gab hier das Charakterbild eines Bauern, der zwar nicht ohne Schmerz, aber mit tiefster Ueberzeugung und Entsagung in sich die eigensüchtigen, individualistischen Instinkte unterdrückt und den Weg des Kollektivismus, der neuen geschossenschaftlichen Arbeit, einschlägt.

Ein amerikanischer Kritiker, Malcolm Cowley, der den „Stillen Don“ für den größten Roman über die russische Revolution hält, erdeckte bei Scholochow erstaunt jenes „Volksgefühl“, das man sehr selten in einer anderen Literatur, außer der russischen, wiederfindet. Das ist jedoch kein Zufall. Michail Scholochow nahm in seiner Jugend am Bürgerkrieg am Don teil, lebte von Kindheit an und lebt auch jetzt noch mitten unter seinen „Romanhelden“. Der in der ganzen Welt bekannte Autor des Romans „Der Stille Don“ ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Deputierter im Obersten Sowjet der Sozialistischen Sowjetrepubliken lebt auch heute noch in der Staniza Wesschenskaja am Don, und nimmt an den öffentlichen Angelegenheiten der Staniza und des Gebietes engsten Anteil. Es ist überflüssig, zu sagen, in welchem Ausmaße diese unmittelbare Nähe zu seinen Helden den Charakter der literarischen Werke des Schriftstellers bestimmt. Bereits nach dem Erscheinen des ersten Bandes des Romans „Der Stille Don“ wurde es offenbar, daß der beispiellose Reichtum der Darstellungsmittel Scholochows in großem Maße von der Schönheit der Kosakensprache, ihren Liedern und den lebendigen und unvergänglichen Quellen der Sprichwörter, Redensarten, Volksweisen und ihres Humors genährt wird. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Seelenreichtum der Menschen aus dem Volke, so wie er uns in dem Roman „Der Stille Don“ und auch im „Neuland unterm Pflug“ erfreut und bezaubert, sich dem Schriftsteller nur deshalb eröffnen konnte, weil er ein Sohn des Volkes ist und in dem Bewußtsein erzogen wurde, daß die große Literatur nur Volksliteratur sein kann.

Die Seiten seiner Romane sind angefüllt von der Liebe des Menschen des Volkes, Hellhörigkeit gegenüber ihrem Leiden, besonders dem der Frauen, dem Herzeleid der Mutter. Die Gestalt der Mutter nimmt in seinen Romanen stets einen besonderen Platz ein. Das große Können Scholochows, die Geheimnisse der Seele aufzudecken, den kompliziertesten Arabesken des menschlichen Erlebens nachzuspüren, erregt uns manchmal wie eine Offenbarung. Die tiefsten menschlichen Motive der Werke Scholochows sind unmittelbar mit der Enthüllung des sozialen Übels, das in der alten Lebensordnung verkörpert war, verbunden — verbunden aber auch mit den großen Hoffnungen, die die Revolution hervorrief. Michail Scholochow ist ein großer, typischer und markanter Vertreter der Sowjetliteratur.

Die Wahl der deutschen Jugend

Von Pierre Courtade

Die Politik der Westmächte gegenüber Deutschland ist deshalb besonders verbrecherisch, weil eine andere Politik möglich ist. Eine andere Politik wurde wirksam angewandt und hat schon zu Ergebnissen von historischer Bedeutung für die Zukunft Europas und der Welt, für die Zukunft des Friedens geführt. Diese Politik wurde von der Sowjetunion in ihrer Besatzungszone verwirklicht und hatte einen so großen Erfolg, daß die Entwicklung einer großen Volksbewegung möglich wurde, die zur Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik führte.

Viele Leute, die über die im Westen angewandte Politik nicht befriedigt sind, weil sie sehr wohl sehen, daß sie dazu führt, die Partei der Revanche und die kapitalistischen Komplizen Hitlers in den Sattel zu heben, sind skeptisch in Bezug auf das demokratische Deutschland. Wenn sie auch erkennen, daß die demokratische Republik offen ihren friedlichen Willen manifestiert, so zweifeln sie dennoch an der Aufrichtigkeit und der Spontanität der deutschen demokratischen Bewegung.

Es ist aber klar, daß der Vorwurf an die demokratische deutsche Bewegung, daß sie nicht „spontan“ entstanden sei, darauf hinauslaufen würde, daß sich die Geschichte wiederholen würde. Niemand denkt daran, abzustreiten, daß die deutsche demokratische Bewegung trotz ihrer mutigen Kämpfer und ihrer Märtyrer nie den Sieg des Faschismus verhindern konnte. Aber nachdem der Faschismus militärisch geschlagen wurde, mußte man günstige Bedingungen für die Entwicklung der deutschen Demokratie schaffen. Man mußte dem deutschen Volk die

praktische Möglichkeit gewähren, sich selbst zum Wohle Deutschlands und zum Wohle des Friedens umzuwandeln. Das ist ein „Gewaltakt“, werden manche Leute sagen. Zweifellos, war aber der Krieg gegen den Faschismus nicht auch ein Gewaltakt? Es war gerecht und notwendig, diesen „Gewaltakt“, diesen Krieg gegen die Verantwortlichen an der Erniedrigung des deutschen Volkes bis zu seinen letzten Konsequenzen zu führen, das heißt, bis zur Liquidierung der Kriegsverbrecher, Großkapitalisten und der preussischen Junker. Diese „Ausrottung der Wurzeln des Faschismus“, die im Potsdamer Abkommen vorgesehen ist, wurde von der Sowjetunion in ihrer Zone genauestens eingehalten. Nachdem das geschehen ist, ist es aber klar, daß die Entwicklung der deutschen demokratischen Bewegung Sache des deutschen Volkes selbst und nur seine Sache war. Der Boden dafür wurde vorbereitet, aber es hing von ihm ab, ob die Ernte des Friedens und der Demokratie gedieh. Jetzt kann man sagen, daß diese Ernte gut gediehen ist, und zwar über alle Erwartungen hinaus. Die Deutsche Demokratische Republik genießt die Unterstützung einer begeisterten Jugend und es gibt keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Jugend zu zweifeln.

Wie sollte tatsächlich diese Jugend nicht klar bemerken, daß die Zukunft eines geeinten demokratischen Deutschland nicht auf der Seite Adenauers liegt? Was kann denn die Regierung von Bonn dem deutschen Volk bieten? Die Arbeitslosigkeit (es gibt schon mehr als drei Millionen Arbeitslose im Westen, darunter viele Jugendliche, die noch nie Arbeit gefunden haben), die Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus,

die dazu führte, Westdeutschland abzuspalten und damit in eine Koalition gegen Ostdeutschland einzuordnen, die Ausbeutung des deutschen Volkes zu Gunsten der Kapitalisten an der Ruhr und ihren amerikanischen Komplizen, die Rückkehr zur Macht von einer Clique, die für das Unglück und die Schande Deutschlands verantwortlich ist.

Man versteht, daß ein junger Deutscher, wenn ihm die Möglichkeit gegeben ist, sich frei auszuspochen, nicht zögert, seine Wahl zu treffen. Diese freie und begeisterte Wahl ist auch von den aus den Westzonen nach der Deutschen Demokratischen Republik gekommenen Jugendlichen im Verlauf der gewaltigen friedlichen Kundgebung zu Pfingsten in Berlin zum Ausdruck kommen. Was

Deine Unterschrift für den Frieden

das französische Volk betrifft, so kann dieses nur seine Sympathie für das neue Deutschland zum Ausdruck bringen, dessen Regierung sich in ihrem Programm zur bedingten und vollständigen Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse hinsichtlich der Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands und hinsichtlich der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber anderen Völkern, wie sie durch diese Beschlüsse festgelegt wurden, verpflichtet.

Die „Kulturträger“ Südafrikas

Die Handvoll weißer „Kulturträger“ in Afrika brechen ihre eigenen Rekorde in Barbarei. Was in der Union von Südafrika am 1. Mai geschah, wirft ein Licht auf die Mittel, die sie anwenden, auf die Ziele, die sie erstreben, auf die Gesinnung und auf die Moral, die Kultur und die Einstellung dieser Menschen, die die Zivilisation vom Kommunismus retten wollen.

Die Afrikaner erklärten den ersten Mai zum „Tag der Freiheit“. Ueberall in der Union organisierten sie Demonstrationen, um gegen die Rassenpolitik der Malan-Regierung zu protestieren. Premierminister Malan versuchte, ein Paß-System durchzusetzen, das Afrikanern nur dann erlaubt, sich frei zu bewegen, wenn sie die Erlaubnis der Menschen mit den Ochsenzähnen eingeholt haben. Malan will die Registrierung aller farbigen Menschen, um den weißen Ausbeutern, die von der Arbeit der Afrikaner reich werden, weiterhin die Möglichkeit zu geben, diese unterdrückt zu halten. So rettete Malan am 1. Mai die „Zivilisation“; Tausende Männer, Frauen und Kinder marschierten und demonstrierten unter der heiligen Losung „Freiheit“. Die weiße Polizei von Johannesburg fiel über die Demonstranten her. Erst mit Gummiknüppeln. Aber die Menschen marschierten weiter für die Freiheit. Dann schoß die Polizei wahllos in die Menge. Aber immer weiter marschierten sie. Dann griff die Polizei mit gefülltem Bajonett ein, aber die Menschen marschierten weiter. Die Verluste waren schrecklich. Mindestens 18 Afrikaner wurden getötet, eine große Anzahl schwer verletzt.

Die Anstrengungen Malans, einen eisernen Vorhang zu schaffen, der die „Rassen“ von Afrika teilt, sind so weit fortgeschritten, daß er die Aufteilung der gesamten Union von Südafrika in drei Gebiete vorschlägt.

Eines für die 8 Millionen Schwarze. Eines für die 2,4 Millionen Weiße und eines für die 300 000 Inder. Wenn du in dem falschen Gebiet lebst, kannst du deinen Ranzen schnüren und weggehen. Wenn du in dem falschen Gebiet Besitz hast und du bist ein schwarzer Mann, dann mußt du nicht nur wegziehen, sondern man wird dich deines Eigentums berauben, weil es dir nicht gestattet sein wird, es an deine Kinder zu übertragen.

Malan ist ein angesehenes Mitglied der Gemeinschaft westlicher „Kulturträger“. Er ist ein Gründungsmitglied der „Antikommunistischen Kreuzfahrer“. Er hat einen Gesetzesvorschlag zum Verbot der Kommunistischen Partei eingebracht und was in Südafrika geschieht, wird in den britischen, französischen und belgischen Kolonien in Afrika kopiert.

„Daily Worker“, New York, 8. Mai 1950

Wallace fordert Beendigung des kalten Krieges

New York. (dpa) Henry Wallace, der Führer der amerikanischen Fortschrittspartei, verkündete am Montag über den Rundfunk ein Drei-Punkte-Programm für die „Beendigung des kalten Krieges und Rettung der Welt“. Wallace fordert darin, die UNO zu stärken, den Welthandel zu erweitern und die Entwicklung rückständiger Gebiete zu fördern. Dazu könne man die Gelder verwenden, die jetzt zur Wiederaufrüstung ausgegeben werden. Wallace forderte die Amerikaner auf, die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs Trygve Lie um die Beendigung des kalten Krieges zu unterstützen.

Das neue China im Aufbau

Aus der Volksrepublik China treffen in immer größer werdendem Umfange Berichte über Erfolge beim Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft ein.

Wirtschaftsplanung

So bestätigte die Volksregierung des Nordostens Chinas einen Plan zur wirtschaftlichen Neugestaltung dieses Gebietes für das Jahr 1950. Nach diesem Plan soll die Herstellung von Produktionsmitteln 79 Prozent der gesamten Industrieproduktion betragen und die landwirtschaftliche Produktion um 18 Millionen Tonnen, das sind 37 Prozent im Vergleich zu 1949, gesteigert werden.

Erhöhung der Industrieproduktion

Nach den letzten bekannten Angauen der Industrieverwaltung der Volksregierung des Nordostens erhöhte sich die Industrieproduktion im November und Dezember 1949 im Vergleich zum Juni desselben Jahres um 32,8 Prozent, während die Gesteinskosten sanken. Die im Laufe von vier Monaten in verschiedenen Betrieben und Bergwerken aufgestellten 14 857 neuen Produktionsrekorde bewirkten eine Ersparnis von insgesamt 68,55 Milliarden chinesischen Dollar. Im Februar 1950 erreichte die Kohlenförderung in neun Steinkohlengruben Nordostchinas die Höhe von 974 840 Tonnen und überschritt den Produktionsplan um 100 225 Tonnen. Auch in den Industriebezirken von Peking, Tientsin und Schanghai ist die Produktion wieder im Gange. Allein in Schanghai konnte die Zahl der Spindeln innerhalb von

vier Monaten um 500 000 auf 1 500 000 erhöht werden. In der gleichen Zeit stieg die Garnherstellung um 25 Prozent. Die Maschinenfabriken stellen bereits wieder Werkbänke und Maschinen für die Ausrüstung der Industrie her. In Tientsin stieg die Produktion der Oelpressereien innerhalb von neun Monaten um fast 450 Prozent, während die Zündholzfabriken und Drahtwerke ihre Produktion versachsfachten und die Autoreifenfabrik ihre Erzeugung um 400 Prozent steigerte.

Bodenreform erhöht die Ernte

Auch für die Landwirtschaft sind für das Jahr 1950 Pläne ausgearbeitet worden. Ihre Verwirklichung gewährleistet eine Produktionssteigerung von 5 Millionen Tonnen Getreide. Außerdem sieht der Plan des Landwirtschaftsministeriums vor, die Baulandfläche um 480 000 Tonnen zu erhöhen, die Reisbaulandfläche um 5,7 Millionen Hektar zu vergrößern und 1 Million Hektar Oedland urbar zu machen sowie Maschinenausbaustationen aufzubauen. Zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Saatgut sowie für Bewässerungsarbeiten werden Staatsanleihen gewährt. In Nordostchina und den Provinzen Hopei, Schansi, Tschahar, Suijwan und Pingjiang ist die Bodenreform abgeschlossen.

Bekämpfung der Dürre und der Ueberschwemmungen

Sofort nach der Besetzung des Landes durch die Volksarmee begannen mit derer Hilfe Bewässerungs- und Meliorationsarbei-

ten im größten Ausmaße. Allein durch die Arbeit an den Hoangho-Dämmen wurden 60 000 Hektar Ackerland, das zweimal jährlich Frucht trägt, der Bepflanzung zugänglich gemacht. In der Mandchurei wurden durch Instandsetzung und Neubau von Deichen 400 000 fruchtbares Land vor Ueberschwemmungen gesichert. Allein durch diese Arbeiten erhöhte sich der Getreideertrag um 500 000 Tonnen jährlich.

Ausbau des Verkehrsnetzes

Der Verwaltungsrat der Zentralen Volksregierung billigte einen Plan, der für 1950 eine Verdoppelung des Personen- und Güterverkehrs sowie die Instandsetzung und Vergrößerung des Schienennetzes und des Wagenparks vorsieht. 15 000 neue Güterwagen und sieben Reparaturwerkstätten sollen gebaut, eine Fabrik für Signalanlagen und ein Materiallager instandgesetzt werden. Der Plan sieht außerdem vor, daß Fernstraßen mit einer Gesamtlänge von 10 000 Kilometern instandgesetzt oder neu angelegt werden.

Fortschrittliche Entwicklung

Ein Fünfjahresplan wird den Anteil der industriellen Erzeugung von den augenblicklichen 10 Prozent auf 40 Prozent der Gesamtproduktion heben. Schon nach 3-4 Jahren sollen die Kriegsschäden beseitigt sein. Von jahrhundertelanger Knechtschaft befreit geht das chinesische Volk mit großem Enthusiasmus ans Werk, gestützt auf den Beistand der Sowjetunion und der Volksdemokratie, seine große historische Aufgabe zu erfüllen.

Die DKW's aus Chemnitz sind wieder da

Seit einigen Tagen fahren die DKW's über die Straßen Westdeutschlands und werden von allen DKW-Freunden und -Bewunderern herzlich begrüßt: F 8, der bewährte „Meisterklasse“-Wagen, und F 9, eine elegante Neukonstruktion der volkseigenen DKW-Werke Chemnitz.

Queensland-Fieber auch in Neuluisheim

Weinheim. (Iwb.) In Neuluisheim bei Heidelberg ist dieser Tage das Queensland-Fieber ausgebrochen. Ueber fünfzig Personen der Gemeinde mußten in die benachbarten Krankenhäuser eingeliefert werden.

US-Soldaten wegen bewaffneten Raubes verurteilt

Langjährige Zwangsarbeit für Taxi-Ueberfälle

Heidelberg. Wie wir bereits in unserer Ausgabe vom 27. Mai unter der Überschrift „Amerikaner begingen bewaffneten Raub“ berichteten, verhandelte das Amerikanische Kriegsgericht in Heidelberg 3 amerikanische Soldaten wegen Ueberfällen auf Taxifahrer in Karlsruhe.

Inzwischen wurde nun das Urteil, das gegen die 3 amerikanischen Besatzungsangehörigen ausgesprochen wurde, bekannt. Danach erhielt einer der Soldaten, der sich an allen drei Ueberfällen beteiligt hatte, 10 Jahre Zwangsarbeit.

Amerikanischer Korporal wegen undisziplinierten Verhalten degradiert

Karlsruhe. Ein amerikanisches Kriegsgericht verurteilte am Mittwoch in Karlsruhe einen Korporal zu 210 Dollar Geldstrafe und degradierte ihn zum gemeinen Soldaten.

Eine geplatze Eiterbeule

Bühl. Die Verhaftung einer Bande von Autodieben wird naturgemäß in allen Bevölkerungsschichten lebhaft erörtert. Es ist sehr bezeichnend und spricht für die „Objektivität“ unserer Heimatpresse, daß man schamhaft die Namen der Diebe und ihrer Helfershelfer verschweigt.

Nur durch die Unterstützung amtlicher Stellen war es überhaupt möglich, die gestohlenen Wagen unterzubringen.

Freiburger Bühnen

Freiburg. Die städt. Bühnen beschließen den Mai-Spielplan am Mittwoch, 31. Mai mit der ersten Wiederholung von Franz Lehárs „Zarewitsch“.

Der Juni-Spielplan beginnt am Donnerstag mit einer Wiederholung von Smetanas komischer Oper „Die verkaufte Braut“ (letzte Vorstellung der „Kleinen Platzmiete“).

Im Kammertheater finden am Donnerstag und Samstag Wiederholungen des Schauspiel „Der Tod“ des Handreisenden von Arthur Miller statt.

„Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann

Zur Neuinszenierung im Nationaltheater

Mannheim. Ohne zur Erkenntnis der konkreten Bedingungen unseres gesellschaftlichen Seins vorzudringen, aber mit dem seherischen Auge des Dichters und einem starken Gefühl für das Recht begabt, hat Gerhart Hauptmann, bester Repräsentant des deutschen Naturalismus, das Schicksal der Menschen aus dem Volke gestaltet, in „Die Weber“, „Fuhrmann Henschel“, und „Rose Bernd“.

den naturalistischen Kern des Werkes heraus und blieb ihm nichts schuldig. Die Darstellung bewegte sich mit wenigen Ausnahmen auf einen sonst nicht gewohnten Niveau. Hier rangierte an erster Stelle Günther Erich Martisch, als der skrupellose Ganove Bruno von unheimlicher Charakteristik, daneben Elisabeth Raabe, deren Pauline Piperkarcka nur dumpf leidende Kreatur war.

Ein echtes Bühnenwerk mit Substanz fand sehr herzliche Aufnahme, der Schlußapplaus forderte viele Vorhänge. Dornseiff, der sich mit dieser Inszenierung verabschiedete, konnte sich inmitten der Spielschar mehrmals zeigen.

Nationaltheater Mannheim

Mannheim. Heute Abend, um 19.30 Uhr, leitet Generalmusikdirektor Professor Eugen Szenkar, durch seine frühere Tätigkeit in Köln und Frankfurt bekannt, ein außerordentliches Akademiekonzert im Nationaltheater.

Am Samstag, dem 3. Juni, dirigiert Eugen Szenkar die „Walküre“ von Richard Wagner. Beginn 18 Uhr.

Die Wahrheit wird siegen - trotz alledem

Mit Lüge und Hetze kann man deutsche Jugendliche nicht gewinnen - das mußten die Kläffer gegen das Deutschlandtreffen erfahren

Heidelberg. Reichlich spät - es war ein Tag vor der Eröffnung des Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin - fühlte sich die „Junge Union“ und einige andere Jugendorganisationen Heidelbergs, die sich in ihr Schlepptau begeben hatten, veranlaßt, eine Protestversammlung gegen das Deutschlandtreffen zu pfingsten abzuhalten.

Kaiserstraße in Karlsruhe in betrunkenem Zustand undiszipliniert gegenüber der Bevölkerung verhalten. (Iwb.)

Amerikanischer Jeep fuhr Radfahrer um

Mannheim. Auf der Hauptstraße in Sekkenheim stieß ein amerikanischer Jeep mit einem Radfahrer zusammen. Letzterer verlor beim Anprall am Aufbau des Kraftwagens mehrere Zähne und erlitt eine Prellung des linken Schultergelenkes.

Er „fensterte“ bei Amerikanerin

Schwäbisch-Gmünd. (Iwb.) Ein lediger junger Mann stand am Donnerstag in Schwäbisch-Gmünd vor dem Militärgericht, weil er nächtlicherweise ein amerikanisches Mädchen, das sich gerade entkleidete, durch seinen Besuch auf dem Balkon erschreckt hatte.

Gräbern von Heilbronn und Bad Kreuznach und sonstiger „Schweigelager“ längst ruhen. Dabei könnte Herr Fiedler der Wahrheit gerecht werden, wenn er beispielsweise an den Legionär Gerhard Bertram in Indochina 4 die SP 62454/B.P.M. 421 A.T.O.E. (France) schreiben und anfragen würde, wieviele Legionäre in Indochina leben und leben. Wenn dann sein Parteifreund Herr Adenauer die in seinem Besitz befindlichen Gefallenlisten veröffentlicht, dürfte man sich der Zahl nähern, die von sowjetischer Seite als Rest verurteilt und in der Sowjetunion verblicher Kriegsverbrecher angegeben wurde.

Es ist kein Zufall, daß sich eine solche Hetze des Wohlwollens des amerikanischen Monopolkapitals erfreut, die nach dem Rezept Hitlers und Görings, um der Krise zu entgehen, die Aufrüstung betreibt. Ein solcher Weg gibt zwar den Menschen Arbeit, genau wie ein Brandstifter der Feuerwehr Arbeit gibt.

Wer bezahlt das Defizit des Boxkampfes?

Die „Milchmädchenrechnung“ der Mannheimer Stadtverwaltung

Für die Stadt Mannheim ergeben sich folgende Einnahmequellen: Steuereinkommen 124 000 DM, Zuschlag für den Wiederaufbau der Stadt 40 000 DM und die Hälfte aus dem Reingewinn, etwa 36 000 DM. Dabei sind die Anteile aus dem Programmverkauf, Film, Brauerei und Fahrzeugwerke, die ebenfalls für die Stadt zufließen, nicht berücksichtigt.

Diese Bilanz war das Prunkstück in dem Exposé vom 14. März 1950, das der Beigeordnete Riedel dem Verwaltungsausschuß der Stadt Mannheim und auch in der Pressebesprechung unterbreitete. Rund 200 000 DM Reingewinn für den Stadtsäckel - ohne die sonstigen Nebenverdienste - das war eine Sache, die man sich doch nicht entgehen lassen durfte!

Die auf 18 000 bis höchstens 20 000 geschätzte Zuschauermenge ist knapp 30 Prozent der „einkalkulierten“ Zahl von 68 000. Die entsprechende Ziffer für Eintrittsgelder würde also anstatt 636 000 DM nur 190 800 DM betragen. Wir wollen sie aber noch um 10 Prozent aufrunden und mit 250 000 DM ansetzen. Davon gingen 20 Prozent = 50 000 DM an die Stadt für Lustbarkeitssteuer ab und von den restlichen 200 000 DM netto bekäme Walcott 42 Prozent und Friedmann 5 Prozent.

Exposé gerechnet, die 636 000 DM Eintrittsgelder erbringen sollten. Nun aber zu den Ausgaben: Zunächst 124 000 DM Lustbarkeitssteuer. Von der dann verbleibenden Netto-Einnahme wurde die Börse Walcotts (damals noch 40 Prozent) mit 196 000 DM abgesetzt. Als weitere Unkosten wurde ein Betrag von 221 000 DM mit zehn einzelnen Posten angeführt, wobei u. a. die Gagen der deutschen Boxer mit 110 000 DM, Walcotts Reise und Spesen mit 40 000 DM, Stadion-Aufbau mit 20 000 DM, Reklame mit 20 000 DM, Druckkosten 15 000 DM sowie 10 500 DM für den Boxverband, technischen Leiter und Kampfrichter eingesetzt waren.

Die auf 18 000 bis höchstens 20 000 geschätzte Zuschauermenge ist knapp 30 Prozent der „einkalkulierten“ Zahl von 68 000. Die entsprechende Ziffer für Eintrittsgelder würde also anstatt 636 000 DM nur 190 800 DM betragen. Wir wollen sie aber noch um 10 Prozent aufrunden und mit 250 000 DM ansetzen. Davon gingen 20 Prozent = 50 000 DM an die Stadt für Lustbarkeitssteuer ab und von den restlichen 200 000 DM netto bekäme Walcott 42 Prozent und Friedmann 5 Prozent.

In der RNZ hat man zwar sehr viel gegen die FDJ geschrieben, aber „taktvoll“ verschwiegen, daß in der Kreisjugendausschusssitzung ein Antrag der FDJ für die schaffende und lernende Jugend einstimmig angenommen wurde.

Die deutsche Jugend ist nach Berlin gefahren, trotz Lüge, Haß und Verleumdung, trotz Spitzel, Grenzpolizei und Drohung. Sie hat sich dort von der Wahrheit überzeugt und wird diese Wahrheit nach Westdeutschland zurückbringen und tausende Jugendlichen werden sie aufnehmen und die Fiedler und Konsorten werden bei ihnen kein Ohr mehr finden.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe-Südwest: Donnerstag, 1. 6. 50, 20 Uhr, im „Schrempf'schen Bierkeller“: Mitgliederversammlung.

Karlsruhe-Mühlburg: Freitag, 2. 6. 50, 20 Uhr, im Gasthaus „Zum Stern“, Lindenplatz 2: Mitgliederversammlung.

Karlsruhe-Oststadt: Freitag, 2. 6. 50, 20 Uhr, im „Georg Friedrich“: Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Bruchsal

Forst-Weiher. Mittwoch, 31. Mai, 20 Uhr: Generalversammlung.

Schwerer Verkehrsunfall auf der Autobahn Karlsruhe-Frankfurt

Karlsruhe. (Iwb.) Ein schwerer Verkehrsunfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich in der Nacht zum Samstag auf der Autobahn Karlsruhe-Frankfurt, sechs Kilometer nördlich von Bruchsal. Ein von Freiburg kommender Lastzug, prallte auf einen wegen Reifenschadens parkenden Lastzug auf. Dabei wurde der Fahrer des aus Freiburg kommenden Fahrzeuges sofort getötet.

Vielleicht mag das endgültig ermittelte Defizit geringer sein.

Auf der Unkosten-Seite könnten sich Einsparungen ergeben. So sind wohl kaum die 20 000 DM für Reklame ausgegeben worden - wahrscheinlich, weil der vom Kartenvorverkauf dafür zu entnehmende Betrag nicht eingegangen war. Andererseits aber ist Walcotts Anteil gegenüber dem Exposé Riedels um 2 Prozent höher geworden und die 5 Prozent für Friedmann sind neu hinzugekommen. Zudem wird die Verschiebung des Kampfes um 3 Wochen die Unkosten erhöht haben. Bei den Einnahmen wäre noch neben dem Kartenvorverkauf auf weitere Beträge für die Film-Lizenz, Programmverkauf usw. zu rechnen, aber diese Nebeneinnahmen können natürlich den katastrophalen Ausfall beim Kartenvorverkauf nicht annähernd wettmachen.

MÖTEX Etagen-Verkauf MANNHEIM ab heute auch im Herzen der Stadt Mannheim P 6, 26 (Planken), Fernsprech-Nummer 407 62

MÖTEL Möbel und Textil Inhaber AUGUST KLEIN MANNHEIM - NEUSTADT / Haardt Der Südwestdeutschen Kundenkredit G.m.b.H. angeschlossen

FILMTHEATER Mannheim ALSTER Ich war eine männliche Kriegerbraut CAPITOL Schwarze Pfeile Am Meßplatz Die Spielhölle von Macao PALAST dann kam der Orkan KURBEL Rote Teufel um Kit Carson

Neue und wenig gespielte Klaviere Reparaturen und Stimmungen Musikhaus Arnold, G 4, 13 Druck-sachen liefert rasch und preiswert Rhein-Druck GmbH, Mannheim S 3, 10

Nero, das nützt immer die Hose ist vom Hosen-Müller Mannheim G 4, 10

